

Conference Reports

Weingartener Asien-Gespräche

Zwischen Macht und Ohnmacht: Menschenrechte, Bürgerrechte und Repräsentation in Asien

Weingarten, 13.–15. November 2015

Menschen- und Bürgerrechte sind in vielen Verfassungen der multiethnischen und multireligiösen Staaten Asiens verankert und wurden 2012 in einer Menschenrechtserklärung der südostasiatischen Staatengruppe ASEAN festgeschrieben. Der tatsächlichen Umsetzung stehen allerdings zum Teil erhebliche Einschränkungen und Menschenrechtsverletzungen durch die Regierungen der Länder entgegen. Die Menschenrechte werden als westliches Konzept etikettiert, das den spezifischen historischen und kulturellen Bedingungen der asiatischen Gesellschaften angepasst werden soll.

Die von Claudia Derichs (Universität Marburg), Stefan Rother (Universität Freiburg) und Rainer Öhlschläger (Weingarten) geleitete Tagung diskutierte die Rolle staatlicher und regionaler Akteure sowie die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sowohl auf die Gestaltung als auch die Einhaltung der Menschenrechte vor allem in Südostasien. Dabei wurde den insgesamt knapp 50 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft und Praxis deutlich, dass die Länder in Südostasien nicht als passive Rezipienten verstanden werden sollten, sondern durchaus eigene Akteursqualitäten entfalten.

Claudia Derichs (Universität Marburg) legte in ihrem Vortrag den Schwerpunkt auf die theoretische Ausdifferenzierung des Repräsentationskonzepts und unterschied zwischen einer deskriptiven und substanziellen Repräsentation. Vor dem Hintergrund des multiethnischen und multireligiösen Charakters asiatischer Gesellschaften werde Repräsentation erschwert und auch auf transnationaler Ebene offenbare sich ein Repräsentationsdefizit einer Vielzahl sozial marginalisierter Gruppen. Das medial stark rezipierte Leid der Rohingya-Flüchtlinge wurzele beispielsweise in mangelnder formeller Repräsentation in Myanmar, da diese Gruppe über keine Staatsbürgerschaft verfüge. Auch ein moralischer Anspruch auf Solidarität durch ausländische Gemeinden der islamischen *umma* könne nicht erfahren werden. Weiterhin führte Derichs aus, dass der zunächst positiv besetzte Repräsentationsgedanke dahingehend umgedeutet werden könne, dass durch das angebliche Vergehen einer Person, wie etwa Apostasie, die Vernichtung

seiner sozialen Gruppe begründet werde. Dies zeigt sich beispielsweise am Vorgehen des philippinischen Staates gegen indigene Bevölkerungsgruppen auf Mindanao.

Mangelnde formelle Repräsentation führte Ursula Birsl (Universität Marburg) auf eine Unterscheidung von Bürger- und Menschenrechten zurück. Ursprünglich als Einheit in den US-Verfassungen von 1776 und 1789 gedacht, zeigen sich soziale Konflikte heutzutage in der selektiven Verleihung von Bürgerrechten – erst durch das Recht wird „der Bürger“ konstituiert. Klassenkonflikte könnten so als Streben nach einer Ausdehnung des Bürgerbegriffs verstanden werden. Das Versprechen von Bürgerrechten avanciere zu einem Disziplinierungsinstrument in autokratischen Staaten. So seien in asiatischen Staaten seit den 1990er Jahren Neuformulierungen der Menschenrechte und systematische Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen.

Asien sei der Hauptschauplatz der internationalen Menschenrechts- und Demokratiedebatte, so Aurel Croissant (Universität Heidelberg). In dieser Debatte um Kulturgebundenheit von Demokratie und „universalen“ Menschenrechten verwies er darauf, dass kein Staat in der Region die Menschenrechte offiziell ablehne. Auch die ASEAN-Charter enthalte Menschenrechte, jedoch steht dem Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie auf dem Papier die politische Realität entgegen. Eine Bestandsaufnahme im Zeitraum 1976–2014 zeige, dass das demokratische Niveau in Asien unter dem globalen liege, aber über dem in Afrika südlich der Sahara. Auffällig sei die Tatsache, dass mit einer Expansion demokratischer Systeme gleichzeitig bürgerliche Freiheiten wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit abnähmen. Außerdem bemerkte Croissant, dass es keine substanziellen Unterschiede zwischen Demokratien und Diktaturen in sozioökonomischer Hinsicht gäbe. Auch ginge zunehmender Wohlstand nicht unmittelbar mit zunehmenden bürgerlichen Freiheiten einher. Die empirische Analyse widerlege damit gängige modernisierungstheoretische Argumente.

Jürgen Rüländ (Universität Freiburg) begründete diesen Zusammenhang zum einen mit der Präferenz von Eliten für Ordnung und Sicherheit und verwies dabei auf den Import organischer Staatstheorien, wie sie im 19. Jahrhundert vor allem in Kontinentaleuropa entwickelt wurden. Zum anderen hob er den *ASEAN Way* hervor, der die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Bandung-Konferenz von 1955 wiederbelebte, staatliche Souveränität betone und daher auf politische Einflussnahme verzichte. Jedoch habe die asiatische Finanzkrise von 1997/98 zu einem Umdenken beigetragen, da Mängel an Rechtsstaatlichkeit zu einem Abzug von ausländischen Investitionen geführt hätten. Im Bali Concord II von 2003 sei daher zum ersten Mal vom *ASEAN Way* abgegangen worden, indem Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit im Normenka-

talog der ASEAN festgeschrieben und Militärcoups als illegitime Form der Machtusurpation zurückgewiesen worden seien. Neuere Entwicklungen zeigten indes Lokalisierungen von einem auf *soft law* basierenden elitären Projekt hin zu einer stärker regelgeleiteten und legalisierten Regionalorganisation. Mithin seien die Rechte aus der Menschenrechtsdeklaration von 2012 als kontextualisierte Rechte zu verstehen, die zwar vom universellen Charakter der Menschenrechte ausgehen, der jedoch seine realpolitische Ausgestaltung im regionalen und nationalen Rahmen finde und hinter das Primat der nationalen Sicherheit, öffentlichen Moral und nachholenden Modernisierungsprozesse zurückbleibe. Dies manifestiere sich an verfassungsrechtlichen Sicherungen sowie Menschenrechts- und Antikorruptionskommissionen, die hochgradig politisiert seien, lückenhaft hinsichtlich der Gendergleichstellung, Gewährung von Minoritätenrechten und Religionsfreiheit blieben und deutlich hinter den Menschenrechtsstandards anderer internationaler Organisationen hinterherhinkten.

Maria-Gabriela Manea (Universität Freiburg) wertete den Trend hin zu einer *people-oriented* Regionalorganisation als Erfolg der regionalen Zivilgesellschaft. In ihrem Vortrag zeigte sie verschiedene Entwicklungsstufen der südostasiatischen Zivilgesellschaft, die zunächst darauf bedacht sei, ihre interne Kohäsion zu steigern und Alternativen zum neoliberalen Regionalprojekt der ASEAN zu formulieren. Erfolge zeigten sich in der Etablierung alternativer Menschenrechtsdiskurse und der Einführung des Konzepts der *human security*, das zu einem Umdenken im Sicherheitsbereich geführt habe. Stefan Rother (Universität Freiburg) merkte hierzu an, dass die regionale Zivilgesellschaft das Potenzial besitze, durch permanente kritische Beobachtung und Strategien wie *naming*, *blaming*, *shaming* und *framing* das demokratische Defizit durch Engagement von unten auszugleichen.

Howard Loewen (Universität Erlangen-Nürnberg) führte in seinem Vortrag zur Entwicklung eines Menschenrechtsdialogs im interregionalen ASEM-Forum an, dass seit dem siebten Gipfel (2008 in Beijing) menschenrechtsrelevante Absätze in Abschlusserklärungen zu finden seien. Erfolg habe dieser Dialog durch institutionelle Ausdifferenzierung und Verlagerung des Menschenrechtsdialogs auf inoffiziellere Ebenen, etwa auf das Asia-Europe People's Forum und die ASEF-Menschenrechtsseminare. In letzteren würden Empfehlungen sowohl in Richtung Europa als auch Südostasien ausgesprochen.

Anett Keller (Berlin) thematisierte Frauenbewegungen und Gewalt gegen Frauen in Indonesien. Am Beispiel der Gerakan Wanita Indonesia (Gerwani) zeigte sie gezielte Verfolgungen und Entmenschlichungskampagnen, die Frauenbewegungen in die Nähe kommunistischer Aktivitäten rückten und so Gewalt gegen Frauen in der paternalistischen und militaristischen

Gesellschaft Indonesiens legitimiere. Auch heute noch wirke trotz zivilgesellschaftlicher Projekte zur Aufarbeitung und Versöhnung eine Stigmatisierung, und die staatliche Historiographie existiere weitgehend unverändert fort.

Insgesamt boten die Weingartener Asiengespräche eine facettenreiche Annäherung an das weite Thema „Menschenrechte“ und deren Rezeption in Asien. Wesentlich zur Veranschaulichung trug dabei auch die gemeinsame Betrachtung des Films von Joshua Oppenheimers *The Look of Silence* bei. Verabschiedet wurde bei der Tagung der langjährige Leiter des Tagungshauses Weingarten, Rainer Öhlschläger, die etablierte Tagungsreihe soll aber auch über seinen Ruhestand hinaus im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Simon Züfle

6th Annual Conference of the Study Group South Asia of the German Geographical Society (DGfG)

Osnabrück, 22–23 January 2016

From 22 to 23 January 2016, the sixth annual conference of the South Asia study group within the DGfG took place in Osnabrück. Martin Franz and Nicolas Schlitz from the study group “Human Geography with a Focus on Economic Geography” hosted the conference. Current research projects were presented in 15 conference presentations and one documentary film.

After the welcoming address, the conference began with a session on agri-food networks and development in India. Martin Franz and Philip Müller (University of Osnabrück) discussed the influence of foreign direct investment on the agrarian sector in India. Despite their comparatively small share, these investments have sweeping consequences for the development of agri-food networks. Karan Raut (Tata Institute of Social Sciences, Mumbai) presented his analysis of the changing demand for agricultural labour in the village Maskawad in Northern Maharashtra. In a comparison with historical census data, he was able to show that the demand for female employees in certain sectors has risen significantly and that the overall mechanisation in the sector has increased.

The second session dealt with various environmental problems and the conflicts they have engendered, as examined from an interdisciplinary perspective. Korinna Klasing presented the different perceptions of ongoing environmental changes on Munroe Island in Kerala, India, which is increas-